

Tornados? Nein danke!

Hermann begrüßt Afghanistan-Votum der Basis

TÜBINGEN (kai). Das Nein der Grünen-Basis zum Afghanistan-Einsatz, so der Tübinger Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann, „muss Konsequenzen in der Führung haben“. Das sagte er gestern nach dem Stadtlauf auf Anfrage.

Der Grünen-Politiker und Läufer war gestern doppelt im Glück. Als Starter mit der Nummer 704 landete er nach weniger als 40 Minuten im B-Lauf auf Platz 704. Das war nach dem Sonderparteitag am Samstag in Göttingen nicht unbedingt zu erwarten. Denn Winfried Hermann und andere Kritiker des militärischen Engagements am Hindukusch haben ihren Erfolg mit „ein bisschen Sekt“ gefeiert.

Hermann, der „mit Hochspannung“ zum Sonderparteitag gefahren war, kam als Redner nicht zu Wort. Als letzter Sprecher durfte aber Walter Schwenninger, einer der vier Tübinger Delegierten in Göttingen, ans Mikrofon. Der Pazifist kämpfte wacker gegen „das Trommelfeuer“ (Hermann) an, das die Führungsspitze der Grünen für die Afghanistan-Mission entfacht hatte.

Mit 361 zu 264 Stimmen entschieden sich die Delegierten für den Antrag von Robert Zion. Der Mann aus Nordrhein-Westfalen hatte, so Hermann, „differenziert und klug argumentiert“. Das Engagement der Bundeswehr wird in seinem Antrag

an eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Die Frage nach dem Einsatz von Tornados und nach der Beteiligung an der US-geführten Anti-Terror-Operation OEF beantwortete die Basis auf dem Sonderparteitag mit einem deutlichen „nein danke!“ Die

Zustimmung zur Nato-geführten Isaf-Schutztruppe verband der Antrag mit einem Ausstieg aus der Gewaltspirale, was auf einen Komplettabzug aus Afghanistan hinausläuft.

„Die Partei will eine Kehrtwende“ – diese Botschaft nimmt der Abgeordnete aus Tübingen, der zu den Linken bei den Grünen gezählt wird, vom Delegiertentreffen mit. Wie es weitergeht, ist noch offen. „Die Vernunft sagt, die Basis kann nicht zweimal

„nein“ sagen, und die Fraktion ignoriert es“, meint Hermann. So sehr die Fraktion in allen anderen Fragen von der Klima- bis zur Rechtspolitik „gut beieinander“ sei, so sehr klaffe eine Lücke zwischen der „kriegskritischen Basis und der Führung“ und „der politischen Elite in Berlin und der Bevölkerung“. Archivbild: Metz

■ siehe auch Seite 23



W. Hermann